

### **L1-Beschlussneu Demokratie statt autoritärer Umbau! - Ändern wir die Welt, bevor es andere tun.**

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: 6. Demokratie

#### **Antragstext**

##### **14 1. Rechtsruck und Widerstand**

15 Politik kann die Welt verändern. Während die letzten Jahre von mangelndem  
16 politischen Interesse geprägt waren, erleben wir aktuell eine gesellschaftliche  
17 Polarisierung. Der Zuspruch zur demobilisierenden Stillstandspolitik der Großen  
18 Koalition sinkt. Gleichzeitig wächst die Unzufriedenheit mit dem  
19 jahrzehntelangen Sozialstaatsabbau und der neoliberalen Deregulierungspolitik,  
20 also dem Rückzug des Staates und der Übernahme durch privatwirtschaftlichen  
21 Unternehmen in Bildung und Infrastruktur. Denn: die Schere zwischen Arm und  
22 Reich klafft immer weiter auseinander. Laut dem Institut Deutscher  
23 Wirtschaftsforschung besitzt das reichste Prozent der Bevölkerung 32 Prozent des  
24 gesamten Vermögens, die reichsten 0,1 Prozent besitzen 16 Prozent. Einkommen aus  
25 Vermögen wachsen schneller als die gesamte Wirtschaft, während die realen  
26 Einkommen der ärmsten 40% der Gesellschaft - trotz Wirtschaftswachstum,  
27 technologischem Fortschritt und "Beschäftigungswunder" etwa auf dem Niveau zu  
28 Zeiten der Wiedervereinigung stagnieren. Befristete oder unsichere  
29 Jobverhältnisse, Einkommen die zwar keine absolute Armut bedeuten aber auch  
30 keine größeren Anschaffungen und Investitionen zulassen, strukturschwache  
31 Regionen mit wenig öffentlichen Angeboten - all das nimmt vielen Menschen ein  
32 sinnstiftendes Narrativ für ihr Leben. Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA  
33 werden in Hinterzimmern ausgehandelt und sehen vor, die demokratische Kontrolle  
34 einzuschränken und Konzernen mehr Macht als der Allgemeinheit einzuräumen.  
35 Dreckiger Kohlestrom wird weiter gefördert und das Abbaggern ganzer Dörfer  
36 schreitet ungebremst voran. Angela Merkel hat es mit der Entpolitisierung und  
37 Demobilisierung auf die Spitze getrieben: ihre Entscheidungen wurden nicht  
38 politisch begründet, sondern als alternativlos dargestellt. Das Verständnis von  
39 Politik als kleinteiliger Aushandlungsprozess unter Expert\*innen, die sich  
40 sowieso den ökonomischen Zwängen zu unterwerfen haben, demobilisierte und  
41 erzeugte den Eindruck, die Stimme der\*des Einzelnen könne ohnehin nichts ändern.

42 Abstiegsängste und die Frustration und Ohnmachtsgefühle über diese  
43 Ungerechtigkeiten äußern sich häufig mehr in rassistischer Ausgrenzung, als in  
44 progressiver Systemkritik. Europas Neue Rechte und Parteien wie die AfD, der  
45 Front National oder die FPÖ konnten die gestiegene Anzahl derer, die in Europa  
46 als Geflüchtete Schutz suchen, für ihre rassistische Hetze und nationalistische  
47 Propaganda erfolgreich instrumentalisieren. Sie verschieben durch gezielte  
48 Tabubrüche und Provokationen den politischen Diskurs nach rechts. Viele  
49 Politiker\*innen der so genannten etablierten Parteien haben statt mit  
50 progressiven, antirassistischen Statements, mit nationalistischen Sprüchen, Law-  
51 And-Order-Rhetorik, und Entrechtungsforderungen gegenüber Asylsuchenden auf  
52 diesen Diskurs reagiert. Sie versuchten, aus dem Rechtsruck Kapital zu schlagen

53 und haben die Grenzen des Sagbaren damit selbst nach rechts bewegt. Natürlich  
54 kann man der AfD nicht das Wasser abgraben, indem man ihre Positionen aufgreift,  
55 aufwertet und bestätigt. Vielmehr braucht es ein klares Bekenntnis zu positiver  
56 Veränderung und Standhaftigkeit bei der Verteidigung von grundlegenden  
57 demokratischen Prinzipien und beim Schutz von Menschenrechten. Gerade jetzt.

58 Die autoritären Kräfte der neuen Rechten mobilisieren durch eine diffuse  
59 Unzufriedenheit mit der Gesamtsituation, sie schüren Ängste und liefern  
60 keinerlei Lösungsansätze für die Probleme, vor welchen wir stehen. Ganz im  
61 Gegenteil: Sie verstärken bestehende Ausbeutungsverhältnisse noch und treiben  
62 die Gesellschaft weiter auseinander.

63 Viele Menschen merken, dass der Rechtsruck eine Bedrohung für die Demokratie und  
64 eine friedliche Zukunft ist. Deshalb erfahren auch proeuropäische, feministische  
65 und antirassistische Bewegungen und linkere Parteien einen größeren Zulauf. Das  
66 progressive Potenzial, das die aktuelle Repolitisierung mit sich bringt, wollen  
67 wir stärken und nutzen - nicht nur um den Status Quo gegen Schlimmeres zu  
68 verteidigen, sondern um für positive Veränderung zu werben.

69 Der anstehende Wahlkampf und die derzeitige Polarisierung bieten uns die  
70 Möglichkeit, Menschen mit progressiven grünen Inhalten zu erreichen, die noch  
71 nicht politisch aktiv oder festgelegt sind. Gerade viele junge Menschen zeigen  
72 in diesen Zeiten ein gesteigertes Interesse an Politik. Wir dürfen die Kritik an  
73 aktuellen Missständen nicht den Rechten überlassen. Denn wir haben die Visionen  
74 für eine bessere Zukunft, die vernünftigen Argumente und wir setzen uns für ein  
75 solidarisches Miteinander ein. Wir wollen das gute Leben nicht nur für ein paar  
76 wenige, sondern für alle möglich machen. Um langfristig etwas zu verändern,  
77 müssen wir als Verband wachsen, viele Menschen politisieren und ihnen  
78 Möglichkeiten zum politischen Handeln bieten.

## 79 **2. Wo steht die politische Linke?**

80 Die politische Linke leidet unter Depolitisierung. Auch das ist eine Ursache  
81 dafür, dass die Neue Rechte aktuell so erfolgreich ist. Manche Konservative  
82 führen den aktuellen Erfolg der Neuen Rechten auf den gesellschaftlichen  
83 Überdruß mit einer Vorherrschaft linker Ideen - also einer linken Hegemonie -  
84 zurück. Sie werfen den progressiven Kräften vor, dass sie die Gesellschaft mit  
85 ihrem Veränderungswillen überforderten, dass linke Politik und linke Ideen an  
86 ihrem eigenen Erfolg zu Grunde gingen. Sie verbuchen gesellschaftliche  
87 Liberalisierung, die vor allem durch den Einfluss der Grünen stattgefunden hat,  
88 als Realisierung einer linken Utopie, gegen die sich nun angesichts der  
89 „wirklichen Probleme“ Unzufriedenheit hegt. Dabei wird komplett ausgeblendet,  
90 dass Privatisierung, Kürzungen von Leistungen, Rückbau des Sozialstaats und  
91 Priorisierung wirtschaftlicher Begründungen vor politischen Argumenten die  
92 Wirtschafts- und Sozialpolitik bestimmt haben. Diese Dominanz lässt sich durch  
93 eine neoliberale Hegemonie erklären: Liberale Grundwerte des unregulierten  
94 Marktes treffen auf aktive Eingriffe eines starken Staates, der vor allem im  
95 Interesse und zur Stabilisierung der Märkte auftritt. Die neoliberalen Ideale  
96 der Wirtschaftspolitik, die die Rahmenbedingungen für gesellschaftspolitische  
97 Entwicklungen massiv prägen, wurden durch linke Politik der vergangenen  
98 Jahrzehnte nie existenziell bedroht - im Gegenteil, zahlreiche linke Parteien  
99 beteiligten sich an deren Umsetzung, was bis heute zu einem nachhaltigen  
100 Vertrauensverlust an neuen wirtschaftspolitischen Konzepten durch progressive

101 Parteien beiträgt. Auch deshalb sind Bemühungen gescheitert, grundlegende  
102 Probleme zu lösen, die mit der kapitalistischen Produktionsweise einhergehen. Am  
103 Beispiel des Kampfs gegen die Klimakrise zeigt sich: Veränderungen alleinig  
104 innerhalb bestehender Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel durch  
105 Zertifikatehandel und Selbstverpflichtungen von Unternehmen, werden der  
106 Dringlichkeit des Problems nicht gerecht. Erst die nun aufkeimenden Zweifel am  
107 nicht eingelösten Glücksversprechen vom Aufstieg durch Leistung und vom  
108 Wohlstand für alle, stellen die neoliberal-konservativen wirtschaftspolitischen  
109 Werte in Frage.

110 Unsere Aufgabe als emanzipatorischer Jugendverband ist es, den autoritären  
111 Kräften eine Vision der positiven Veränderung entgegen zu setzen.

112 Wir dürfen uns nicht mit neoliberalen Phrasen von Chancengleichheit zufrieden  
113 geben. Allein die gleiche Chance für jede\*n, beim kapitalistischen Glücksspiel  
114 vielleicht als Gewinner\*in herauszukommen, ist kein Ziel einer emanzipatorischen  
115 Linken, die wirkliche Gleichberechtigung für alle einfordert.

116 Wir stellen uns entschieden gegen Abschottung und Nationalismus. Forderungen  
117 nach einem Zurück ins nationale Klein-Klein werden die soziale Schieflage der  
118 Globalisierung nicht korrigieren, sondern einen Teufelskreis hervorrufen und zu  
119 noch mehr Wettbewerbsdruck zwischen Nationalstaaten führen. Daraus abzuleiten,  
120 dass eine weitere Liberalisierung und eine weiter unzureichend regulierte  
121 Globalisierung das richtige Rezept gegen Nationalismus und Protektionismus  
122 wären, ist ein Irrweg.

123 Neoliberale Antworten auf den autoritären Umbau erkaufen nur Zeit, sie bieten  
124 aber keinen Schutz vor einem weiteren Rechtsruck. Links-liberale  
125 Hoffnungsträger\*innen wie Hillary Clinton in den USA, der kanadische  
126 Premierminister Justin Trudeau oder der französische Präsidentschaftskandidat  
127 Emmanuel Macron werden oftmals als entscheidende Kämpfer\*innen gegen Rechts  
128 gefeiert. Sie stehen für Europa und gegen den autoritären Umbau, gegen  
129 Protektionismus, für Vielfalt und Weltoffenheit. Doch bei allem Richtigen und  
130 Wichtigen, das sie fordern und umsetzen stehen sie auch für eine neoliberale  
131 Wirtschaftspolitik, für das Leistungsprinzip und Wettbewerbsfähigkeit und damit  
132 für den Erhalt sozialer Ungleichheit. Gleichwohl sie angesichts der  
133 unmittelbaren Bedrohung von Rechtsaußen Bündnispartner\*innen gegen die  
134 Verschlechterung des Status Quo sind, werden sie an der Ungerechtigkeit und der  
135 Unzufriedenheit, die dieses System hervorbringt langfristig scheitern und damit  
136 den Nährboden der autoritären Kräfte nicht austrocknen.

137 Leider muss eine Kritik am Rückbau des Sozialstaats auch immer auf Parteien  
138 zielen, die dem linken Spektrum zugerechnet werden und die Aushöhlung der  
139 Wohlfahrtsstaaten in den letzten Jahrzehnten mitgetragen oder sogar aktiv  
140 vorangetrieben haben und sich mit Liberalisierung im gesellschaftspolitischen  
141 Bereich weitgehend zufrieden gaben. Politische Reformen, die bestimmte  
142 gesellschaftliche Bereiche offener gestaltet haben und im Ansatz emanzipatorisch  
143 waren, gingen mit einer häufig unkritischen, überstürzten und meist auf  
144 nationale Standortvorteile bedachten Liberalisierung wirtschaftlicher Strukturen  
145 einher. Letztere legte mit deregulierten Finanzmärkten den Grundstein für die  
146 Finanzkrise und schuf neue Armut und prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Von  
147 Präsident Bill Clinton in den USA über Tony Blair in Großbritannien mit seiner  
148 New Labour bis hin zur Agenda 2010 in Deutschland - eingeführt von einer rot-

149 grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder - linke Parteien haben sich auf  
150 linke Politik im gesellschaftspolitischen Bereich konzentriert und neoliberal-  
151 konservative Politik im ökonomischen Bereich betrieben.

152 Die meisten linken Parteien haben sich von der ursprünglichen Anbindung an  
153 soziale Bewegungen entfernt und haben ihren Arbeitsschwerpunkt im  
154 parlamentarischen Alltagsgeschehen. Das mangelnde Vertrauen der Menschen in  
155 Politiker\*innen und Parteien geht auch auf die zum Teil eher verwaltend  
156 angelegte Ausrichtung des parteipolitischen Alltags zurück. Parteien haben aber  
157 auch die Aufgabe neue politische Gestaltungsmöglichkeiten auszutesten und für  
158 diese einzustehen, statt sich durch Zurückhaltung und den Verzicht auf  
159 Festlegungen und klare Positionen unangreifbar zu machen. Gerade die Grüne  
160 Partei ist zu ihrer Gründung als Tor für neue Ideen gerade auch von  
161 außerparlamentarischen Bewegungen in das Parlament und mit dem Anspruch auf  
162 Veränderung des politischen Systems angetreten. Diese Funktion ist nicht nur  
163 dringend notwendig, sondern wird immer noch von den Grünen erwartet. Denn  
164 politische Gestaltung gelingt nur mit einem visionären Horizont vor Augen. Wir  
165 setzen uns für eine Politik ein, bei der nicht kurzfristiger Machterhalt,  
166 sondern eine gute Zukunft für alle das Ziel ist. Deswegen kämpfen wir als GRÜNE  
167 JUGEND an der Seite der sozialen Bewegungen für eine bessere Zukunft und setzen  
168 uns dafür ein, dass auch Bündnis 90/DIE GRÜNEN, soziale Bewegungen und Parlament  
169 zusammen denken.

170 Eine emanzipierte Gesellschaft muss immer auch in Verbindung mit einer  
171 grundlegenden Kritik an den ökonomischen Verhältnissen verbunden werden. Solange  
172 wir nur einen Aufstieg der „Talentierte“ aus den Reihen von Minderheiten als  
173 Sieg der Emanzipation feiern, feiern wir doch vor allem den Sieg von  
174 Leistungsprinzip und Wettbewerb. Wir müssen soziale und kulturelle Kämpfe  
175 zusammendenken. Nur so gelingt es uns, schlagkräftig gegen den Rechtsruck zu  
176 sein. Wir dürfen linke Politik weder allein als Identitäts- und  
177 Befindlichkeitspolitik verstehen, noch als politisch konsequenzlose  
178 Theoriearbeit und Ideologiekritik, die nicht über die Feststellung einer  
179 Konstruktion hinausgeht. Ein ökologisch nachhaltiger Lifestyle oder ein  
180 Lesekreis sind noch keine Politik. Natürlich sind aber kritische Bildungsarbeit,  
181 die Beschäftigung mit politischer Theorie und die Reflexion eigener  
182 Handlungsspielräume wichtige Mittel für gemeinsames politisches Handeln. Als  
183 links gelabelte Praxis, die nicht über individualisierte  
184 Selbstverwirklichungsansätze und Selbstoptimierung hinausgeht, kann den Rechten  
185 aber nichts entgegensetzen. Im Gegenteil birgt diese Individualisierung die  
186 Gefahr der Entpolitisierung in sich. Denn sie verhindert eine wirksame  
187 Gegenmobilisierung zum derzeitigen Rechtsruck. Doch genau so eine  
188 Gegenmobilisierung müssen wir auf die Beine stellen, wenn wir bestehende  
189 Ungerechtigkeiten abschaffen und die rechte Gefahr abwenden wollen. Dafür müssen  
190 wir Menschen ansprechen, begeistern, überzeugen, organisieren und auf die Straße  
191 bringen.

### 192 **3. Die GRÜNE JUGEND im Bundestagswahlkampf 2017**

193 Das ist unser Ziel als GRÜNE JUGEND für das nächste Jahr, das wir mit unserer  
194 Kampagne zur Bundestagswahl erreichen wollen. Diese Kampagne bedeutet dabei mehr  
195 als punktueller Wahlkampf, sie gibt uns die Möglichkeit, linke Visionen in die  
196 Gesellschaft zu tragen. Und genau das zu tun ist enorm wichtig, wenn wir die  
197 Demokratie retten wollen, die aus verschiedenen Richtungen bedroht ist. Diese  
198 Gefahr müssen wir ernst nehmen. Als antifaschistische Jugendorganisation werden

199 wir die Verschiebung des gesellschaftlichen Diskurses nach rechts nicht  
200 mitmachen oder hinnehmen. Gerade in Wahlkampfzeiten, in denen politische  
201 Akteur\*innen gesteigerte Aufmerksamkeit bekommen, ist es wichtig, dass es eine  
202 klare, linke Stimme gegen Hetze und Hass der AfD gibt. Wir müssen gerade jetzt  
203 entschlossen für universelle Menschenrechte, für demokratische Prinzipien und  
204 für die Überzeugung eintreten, dass eine bessere Zukunft für alle Menschen  
205 möglich ist. Wir kämpfen für eine europäische und demokratische Zukunft, gegen  
206 Nationalismus, Abschottung und autoritären Umbau! Doch wir wollen nicht nur  
207 gegen den Rechtsruck kämpfen, sondern die Verhältnisse verändern, die ihn  
208 hervorgebracht haben und begünstigen. Dafür müssen wir viele Menschen von  
209 unseren Visionen überzeugen um sie für eine ökologische Wende, gerechte Teilhabe  
210 und ein selbstbestimmtes Leben für alle Menschen zu gewinnen. Die Möglichkeit,  
211 endlich eine Bundesregierung ohne Beteiligung der CDU und vor allem auch der  
212 reaktionären und rassistischen CSU zu bilden, ist greifbar. Es gibt den  
213 gesellschaftlichen Wunsch nach einem Regierungswechsel und nach politischem  
214 Wandel. Auf dieser Stimmung wollen wir aufbauen, um für tatsächliche Veränderung  
215 zu werben. Eine andere Zukunft ist möglich, wir haben es in der Hand, dass sie  
216 auch Realität wird!

### 217 **3. 1. Welt ändern, aber wie?**

218 Die Bundestagswahlkampagne wollen wir nutzen, um für Klimagerechtigkeit und  
219 gegen das Wirtschaften auf Kosten von Mensch und Umwelt zu mobilisieren. Schon  
220 jetzt sind die Folgen der Klimakatastrophe für viele Menschen tagtäglich  
221 spürbar- und wir sind die letzte Generation, die verhindern kann, dass es noch  
222 viel schlimmer wird.

223 Unser Wirtschaften, unsere Energie und unsere Lebensweise darf nicht auf Kosten  
224 anderer Menschen in anderen Regionen dieser Welt oder künftiger Generationen  
225 geschehen. Wir lassen uns unsere Zukunft nicht von denen wegnehmen, die diesen  
226 Planeten rücksichtslos zerstören. Diese Erde als unsere Lebensgrundlage zu  
227 erhalten ist möglich, doch dafür müssen wir viele sein und gemeinsam mit  
228 Menschen aus der ganzen Welt zusammen streiten – in den Parlamenten, auf der  
229 Straße und in der Kohlegrube. Wir wollen die Probleme lösen, anstatt sie zu  
230 verdrängen, wir wollen für ein besseres Klima kämpfen, anstatt den Kopf in den  
231 Sand zu stecken. Wir kämpfen auf allen Ebenen für eine lebenswerte Zukunft, denn  
232 die Welt rettet sich nicht von alleine.

233 Wir fordern:

- 234 • Den Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen Kohle, Öl und Gas.
- 235 • Strom und Wärme mit 100% Erneuerbaren Energien und ein Ende des  
236 Verbrennungsmotors.
- 237 • Den sofortigen Förderungsstopp von Braunkohle.

238 Wir kämpfen dafür, dass jeder Mensch, unabhängig von seinem sozialen Status oder  
239 seines Geldbeutels, an der Gesellschaft teilhaben kann. Doch durch die  
240 zunehmende Privatisierung des öffentlichen Raums und die Sparpolitik der Großen  
241 Koalition werden immer mehr Menschen, und gerade junge Menschen, vom

242 gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. 23,7 Milliarden Euro Überschuss haben  
243 Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen im Jahr 2016 erzielt. Die Große  
244 Koalition und allen voran Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble verschlafen die  
245 dringend nötigen Investitionen in unsere Zukunft! Dabei ist so klar, wo das Geld  
246 gebraucht wird: Öffentliche Schwimmbäder oder Bibliotheken müssen schließen oder  
247 erheben hohe Eintrittspreise. Einkaufszentren und Parkhäuser werden gebaut und  
248 ersetzen Parks und Jugendzentren. Bolzplätze und Skateparks brauchen neue Tore  
249 bzw. Rampen. Schulen und Universitäten sind total marode und der oftmals  
250 privatisierte öffentliche Nahverkehr ist teuer und nicht ansatzweise ausreichend  
251 ausgebaut. Jedes Jahr verschleißt mehr öffentliche Infrastruktur als neue  
252 entsteht. Hinzu kommen massive Kürzungen im Bildungsbereich und ein eklatanter  
253 Lehrer\*innenmangel, die es im Zusammenspiel mit Leistungsdruck,  
254 Verwertbarkeitslogik und autoritärer Organisierung des Schulsystems zunehmend  
255 schwieriger machen, dass junge Menschen im Rahmen ihrer Schulbildung ein  
256 kritisches Bewusstsein entwickeln, das in Anbetracht des gesellschaftlichen  
257 Rechtsruckes so wichtig wäre. Schäubles "schwarze Null" ist damit aus Sicht der  
258 Generationengerechtigkeit in hohem Maße unfair. Deshalb streiten wir für ein  
259 Ende der Kaputtsparpolitik. Wir fordern Investitionen in eine kostenfreie und  
260 gut ausgebaute soziale Infrastruktur, in öffentliche Freiräume und in ein  
261 kostenloses und gerechtes Bildungssystem. Mobilität bedeutet Teilhabe. Deshalb  
262 sollte Mobilität nicht vom Geldbeutel abhängig sein: Der Öffentliche Personen-  
263 Nahverkehr (ÖPNV) muss solidarisch finanziert werden, Fahrten müssen ohne  
264 Tickets möglich sein. Wir wollen eine Gesellschaft, in der es egal ist, wie viel  
265 Geld jemand hat oder wo ein Mensch herkommt, und in der alle Menschen sich nach  
266 ihren Wünschen frei verwirklichen können, solange sie nicht die Freiheit anderer  
267 einschränken. Kämpfe mit uns gemeinsam für eine Welt, in der du deinen Platz  
268 hast!

269 Wir fordern:

- 270 • Mehr Freiräume in Stadt und Land: Schöne Parks, gut ausgestattete  
271 Jugendzentren und Sportplätze müssen finanziert werden und für alle zur  
272 Verfügung stehen.
- 273 • Kostenlose Bildung und ganztägige Betreuung in bester Qualität von der  
274 Krippe und Kita über die Schule und die Uni bis zur Berufsschule -  
275 Mensaeissen inklusive.
- 276 • Einen hochwertigen und gut ausgebauten, ticketlosen ÖPNV im ganzen Land,  
277 der umlagefinanziert wird. Damit Mobilität für alle möglich ist.

278 Das letzte Jahr war von enormen Angriffen auf die Errungenschaften, die mutige  
279 Aktivist\*innen vor uns erreicht haben, gekennzeichnet. Rechte Parteien  
280 verbreiten immer stärker ihre antifeministische, LGBTIQ-feindliche und  
281 rassistische Hetze. Doch auch in der Gesamtgesellschaft läuft vieles schief:  
282 Frauen dürfen nicht selbst über ihren Körper entscheiden und leisten nach wie  
283 vor einen großen Teil der unbezahlten und gering geschätzten Care-Arbeit,  
284 Schwule und Lesben werden als Bedrohung für Familie diffamiert, Menschen die  
285 nicht in die binären Geschlechterkategorien Mann, Frau passen werden in diese  
286 Geschlechterkategorien gezwungen und Menschen, die Esra und nicht Lisa heißen  
287 werden gefragt "wo sie wirklich herkommen" und gesellschaftlich schikaniert. Das  
288 akzeptieren wir nicht. Wir alle sollen selbstbestimmt und in Freiheit leben  
289 können! Das bedeutet für uns, dass wir selbst entscheiden können, wie wir uns

290 kleiden, wen wir lieben, ob und mit wem wir Sex haben und wie wir leben. Und wir  
291 alle müssen ohne Diskriminierung leben können, egal wo wir herkommen, wie wir  
292 aussehen oder welche Hautfarbe wir haben. Wir stehen solidarisch zueinander und  
293 kämpfen gemeinsam gegen diejenigen, die uns den Respekt verweigern und unsere  
294 Rechte in Frage stellen.

295 Wir fordern:

296 • Familienvertrag statt Ehe! Wir wollen, dass Menschen, die füreinander da  
297 sein und sorgen wollen dies auch rechtlich abgesichert tun können - egal  
298 welchen Geschlechts und egal ob zu zweit, zu dritt oder whatever

299 • Eine Reform des Transsexuellengesetzes, damit alle Menschen frei und  
300 unkompliziert darüber entscheiden können, unter was für einem oder keinem  
301 Geschlecht sie registriert werden wollen und die Vielfalt der Geschlechter  
302 auch rechtlich anerkannt wird

303 • Eine Kostenübernahme von Verhütungsmitteln von Krankenkassen für alle  
304 Menschen

305 • Eine Kostenübernahme von Schwangerschaftsabbrüchen durch die Krankenkassen  
306 und die Abschaffung der Pflichtberatung.

### 307 **3. 2. Wurzeln schlagen & wachsen**

308 Um wirklich etwas zu verändern, müssen wir viele Menschen erreichen und dürfen  
309 nicht nur in unserer Blase wahrgenommen werden. Dafür müssen wir raus auf die  
310 Straße, raus aus unserer Filterblase im Netz, die politische Auseinandersetzung  
311 und das Gespräch mit verschiedenen Menschen suchen. Wir müssen klare Kante  
312 zeigen, aber Menschen auch von positiven Veränderungsmöglichkeiten begeistern.  
313 Wir müssen einen eigenständigen Wahlkampf machen und unsere eigenen Ideen und  
314 Konzepte in den Fokus rücken. Wir wollen junge Menschen jedoch nicht nur dazu  
315 animieren, einmalig ihre Stimme abzugeben, sondern wir wollen sie politisieren  
316 und sie auch dazu motivieren, langfristig politisch aktiv zu sein, sich  
317 einzubringen und mit uns für eine Veränderung zu kämpfen. Wir wollen als Verband  
318 wachsen und möglichst viele junge Menschen aktivieren und mobilisieren. Deshalb  
319 setzen wir ganz besonders auf die Arbeit in den Ortsgruppen. Die lokale Ebene  
320 ist der Ort, wo wir kontinuierlich arbeiten und Menschen direkt ansprechen  
321 können. Nur wenn wir starke Ortsgruppen haben, können wir als Verband wachsen  
322 und uns weiter entwickeln, denn vor Ort motivieren und erreichen wir die Leute.  
323 Gleichzeitig müssen diese schlagkräftigen Ortsgruppen sich austauschen,  
324 vernetzen und an einem gemeinsamen Ziel arbeiten. Wir haben eine klare  
325 gemeinsame Botschaft - und die wollen wir lokal umsetzen und nach außen  
326 transportieren. Im Wahlkampf heißt es auch raus aus der Komfortzone - wir wollen  
327 nicht nur in großen Universitätsstädten, sondern auch im ländlichen Raum jungen  
328 Menschen die Möglichkeit geben, politisch mitzumischen und junggrüne Inhalte  
329 verbreiten. Dieser Wahlkampf gibt uns die Chance, Wurzeln zu schlagen und zu  
330 wachsen - lasst sie uns gemeinsam nutzen!

### 331 **3.3. Unsere Erwartungen an die Wahl**

332 Bei der Bundestagswahl geht es um mehr als nur ein gutes Grünes Ergebnis, unser  
333 Kampf endet nicht mit der Wahl am 24. September, sondern geht darüber hinaus.  
334 Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Grünen sich in möglichen  
335 Koalitionsverhandlungen nicht auf faule Kompromisse einlassen, sondern für  
336 progressive, linke und emanzipatorische Inhalte einstehen. Für uns ist dabei  
337 klar: Regieren ist kein Selbstzweck, sondern nur sinnvoll, wenn dadurch grüne  
338 progressive Inhalte umgesetzt werden können. Dabei muss sich die Grüne Partei im  
339 Vorfeld klare rote Linien geben, hinter die nicht zurück gefallen werden darf.  
340 Die Grünen dürfen bei einer möglichen Koalitionsbildung nicht beliebig sein,  
341 sondern müssen klar machen, dass eine grüne Regierungsbeteiligung nur dann  
342 möglich ist, wenn bestimmte inhaltliche Mindestanforderungen erfüllt sind. Eine  
343 Koalition, die Grüne Inhalte nicht aufgreift und die Grundsätze unserer Partei  
344 verrät, wird auf unseren entschiedenen Widerstand stoßen.

345 Auch wir als GRÜNE JUGEND werden uns im kommenden Programmprozess und in den  
346 möglichen Koalitionsverhandlungen für progressive Inhalte einsetzen. Dabei  
347 werden wir uns insbesondere für folgende Ziele einsetzen und sie als unsere  
348 Erwartungen an eine mögliche grüne Regierungsbeteiligung vorbringen:

349 Wir erwarten eine Abkehr von der menschenverachtenden Asylpolitik der Großen  
350 Koalition. Dazu gehört die Rücknahme des EU-Türkeideals und der  
351 Asylrechtsverschärfungen der letzten Jahre. Das bedeutet auch, dass ein  
352 Kurswechsel in diesem Bereich deutlich erkennbar ist, zum Beispiel durch den  
353 Einsatz für humanitäre Visa und legale Fluchtwege.

354 Außerdem fordern wir von einer möglichen Koalition die Umsetzung der Ziele aus  
355 unseren feministischen und queeren Kämpfen, also die längst überfällige  
356 Abschaffung des Ehegatt\*innensplittings, eine Reform des Transsexuellengesetzes,  
357 kostenfreien Zugang zu Verhütungsmitteln, echte Lohngleichheit und die Ehe für  
358 alle Paare, unabhängig des Geschlechtes der Partner\*innen.

359 Die kommende Bundesregierung muss Europa zusammenhalten und die Europäische  
360 Union umgestalten: Hier ist Handlungsfähigkeit gefragt. Europa muss  
361 demokratischer werden und enger zusammenrücken. Dazu muss auch eine  
362 Bundesregierung sich selbst zurücknehmen und die europäische Ebene gegenüber der  
363 nationalen Ebene stärken.

364 Wir machen uns stark für tatsächliche Teilhabe und Gerechtigkeit in ganz Europa,  
365 also für massive Investitionen und damit einem Ende der Austeritätspolitik. Wir  
366 brauchen mehr Ausgleich und mehr Solidarität in Europa. Dazu gehören ein  
367 gemeinsames Budget für die Eurozone, strengere Regeln im Finanzmarktsektor,  
368 europäische Finanztitel zur Schuldenaufnahme als auch eine europäische  
369 Arbeitslosenversicherung. Wir fordern die Einführung der  
370 Mindestausbildungsvergütung, die Abschaffung der ALG-2-Sanktionen und den  
371 entschlossenen Kampf gegen den Niedriglohnsektor. Dringend notwendig ist der  
372 Einsatz für Verteilungsgerechtigkeit, wie zum Beispiel durch eine progressive  
373 Vermögenssteuer und eine Stärkung der gesetzlichen Rente, die für alle  
374 existenzsichernd sein muss und eine gerechtere Verteilung auch im Alter im Blick  
375 hat. Dazu kommt der Kampf gegen Steuerflucht und Steueroasen, sowie die  
376 Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Um Teilhabe zu fördern und  
377 nachhaltige Mobilität auszubauen muss das Projekt des ticketlosen ÖPNV  
378 angestoßen werden, der allen Menschen Mobilität ermöglicht. Außerdem setzen wir  
379 uns für eine gesetzliche Grundlage ein, um mit Maßnahmen wie einer Citymaut und



380 einer Staugebühr Autoverkehr zu reduzieren und die Luft in den Städten zu  
381 verbessern.

382 Von einer grünen Regierung erwarten wir echten Klima- , Umwelt- und Naturschutz.  
383 Dazu gehört die Abschaffung der Massentierhaltung und ein Ende der  
384 Verwertbarkeit unserer Lebensgrundlagen. Handelsabkommen à la TTIP und CETA  
385 dürfen nicht mit grünen Stimmen und vorbei an einer demokratischen  
386 Öffentlichkeit durchgeboxt werden. Wir wollen stattdessen eine faire und  
387 multilaterale Handelspolitik mit hohen sozialen und ökologischen Standards  
388 jenseits von nationalen Grenzen.

389 Gleichzeitig wollen wir, dass eine mögliche Koalition sich für Freiheit stark  
390 macht, also klaren Einsatz für Freiheits- und Bürger\*innenrechte zeigt und sich  
391 entschlossen der Massenüberwachung und dem Generalverdacht in den Weg stellt,  
392 sich gegen Aufrüstung und staatliche Repression stark macht und mindestens  
393 Cannabis endlich legalisiert.

#### 394 **3.4. Wie geht es weiter?**

395 Das Ende des Wahlkampfes bedeutet nicht das Ende unserer Verbandsentwicklung.  
396 Ganz im Gegenteil gilt es gerade dann, die Grundlagen, die im Wahlkampf  
397 geschaffen wurden zu nutzen und umzusetzen. Die Menschen, die im Wahlkampf neu  
398 dazu gekommen sind, müssen wir willkommen heißen und einbinden. Die  
399 verschiedenen Ebenen des Verbandes, insbesondere die neuen aktiven Ortsgruppen  
400 müssen wir vernetzen und viele neue Menschen mit unserer Bildungsarbeit  
401 erreichen. Theoriearbeit müssen wir als ein Mittel für die Verwirklichung einer  
402 freien und solidarischen Gesellschaft begreifen, denn kritische Bildungsarbeit  
403 ist eine Triebkraft für positiven Wandel.

404 Allen Mitgliedern soll diese Theoriearbeit zugänglich sein, denn sie bietet  
405 gerade neuen Menschen die Möglichkeit, ihre individuellen Erfahrungen von  
406 Ungerechtigkeit in den gesellschaftlichen Kontext zu stellen und daraus eine  
407 politische Kritik und den Wunsch nach Veränderung abzuleiten. Diese kritische  
408 Bildungsarbeit wollen wir mit einer politischen Praxis verbinden, die  
409 Selbstwirksamkeitserfahrungen ermöglicht, Menschen ihre eigenen Möglichkeiten  
410 und Grenzen kennen lernen lässt, sie an demokratische Prozesse heranführt und  
411 Solidarität erlebbar macht. Dafür wollen wir uns mit den politischen Kämpfen vor  
412 uns auseinandersetzen, mit ihren Erfolgen und ihren Fehlern, und so auf sie  
413 aufbauen. Wir müssen uns mit den Grundlagen dieser Gesellschaft beschäftigen und  
414 uns über langfristige Ziele und Strategien für die GRÜNE JUGEND, als linke  
415 Jugendorganisation, Gedanken machen. Unser Ziel muss es sein, nicht nur in der  
416 Mitgliederzahl zu wachsen, sondern diesen Mitgliedern auch neue politische  
417 Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen. Das können wir nicht  
418 alleine schaffen, dafür brauchen wir dich! Im nächsten Jahr kommt es auf jede  
419 und jeden von uns an. Wenn es jede\*r schafft, mindestens drei Freund\*innen zum  
420 Mitmachen zu bewegen, dann haben wir viel geschafft. Nur wenn wir viele sind,  
421 nur wenn wir aktiv sind, nur wenn wir rausgehen und laut sind, können wir mit  
422 unseren politischen Zielen Menschen erreichen.

423 [#weltaendern](#)

424 Nur gemeinsam können wir den Rechtsruck stoppen, den Status Quo der Großen

425 Koalition beenden und linke Visionen umsetzen. Die Zukunft liegt in unserer Hand  
426 - ändern wir die Welt, bevor es andere tun!

### **Begründung**

Wir stehen vor einer enorm wichtigen Wahl. Bei der Bundestagswahl 2017 wird im größten Land Europas gewählt und in Zeiten von Brexit und Trump und der Gefahr des autoritären Umbaus der Demokratie kommt es auf uns an, dass wir Widerstand leisten. Wir wollen aber nicht nur gegen den Rollback, sondern auch gegen den Stillstand der Großen Koalition auf die Straße gehen. Denn vieles läuft schief und wir wollen die Welt ändern, bevor es andere tun. Mit unserem Leitantrag wollen wir unsere Position festlegen sowie unsere Rolle in diesem Wahljahr und darüber hinaus bestimmen.